

PRESSEMITTEILUNG

Mehr Ungleichheit und Repression gefährden weltweit Demokratie und Marktwirtschaft

Eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit oder ausgehebelte Verfassungsgerichte – in der Regel sind dies Merkmale von Autokratien. Doch der aktuelle Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass auch in immer mehr Demokratien eine schleichende Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und politischen Freiheiten stattfindet. Wesentliche Ursachen sind Machtsicherung und Vetternwirtschaft, die wirtschaftliche Ungleichheit verstärken und zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie drohen diese Entwicklungen zu verstärken.

Gütersloh, 29. April 2020. Weltweit steigt die Zahl der Menschen, die weniger demokratisch und schlechter regiert werden. Zum sechsten Mal in Folge sind im internationalen Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) die Bewertungen der Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung gesunken, auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung. Der Index untersucht seit 2004 alle zwei Jahre die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Entwicklungs- und Transformationsländern. Von den aktuell 137 untersuchten Staaten stuft der BTI 74 als Demokratien und 63 als Autokratien ein.

Schwache Demokratien, repressive Autokratien

Der derzeitige Anteil von Demokratien in den untersuchten Ländern liegt bei 54 Prozent. Dies ist kein großer Rückschritt im Vergleich zum BTI von 2010 (57 Prozent). Die im weltweiten Durchschnitt fallenden Demokratiewerte sind im Wesentlichen das Ergebnis schwächerer Demokratien und repressiverer Autokratien. So wurde die Gewaltenteilung im letzten Jahrzehnt in 60 Staaten erkennbar ausgehöhlt. In 58 Ländern wurden Demonstrationsrechte und Organisationsfreiheit eingeschränkt. Die Meinungs- und Pressefreiheit sank sogar in der Hälfte aller untersuchten Länder. Nahezu ungebremselt setzt sich dieser Negativtrend in der aktuellen Untersuchung fort. In rund einem Fünftel der untersuchten Entwicklungs- und Transformationsländer sank die Demokratiequalität oder stieg das Repressionsniveau erneut. Die ungarische Notstandsgesetzgebung mit ihrer zeitlich unbefristeten Suspendierung von Gewaltenteilung verdeutlicht, dass die Bekämpfung von COVID-19 den Trend zu einer starken Exekutive noch fördert und von einigen Staatsoberhäuptern zur Festigung autoritärer Strukturen instrumentalisiert werden wird.

Auffallend ist laut den Autoren der vielerorts aktiv vorangetriebene Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten in einst stabilen Demokratien. Beispiele hierfür sind der Hindunationalismus in Indien, der Rechtspopulismus in Brasilien oder der autoritäre Kurs des EU-Mitglieds Ungarn. Die Entwicklungen in diesen Ländern stehen stellvertretend für die zunehmende politische Polarisierung, die auch konsolidierte Demokratien ins Wanken bringt. Häufig geht diese einher mit der Unterdrückung von Opposition und ethnischen oder religiösen Minderheiten. So auch in der Türkei, welche die Autoren aufgrund massiver Einschränkung der Pressefreiheit, grober Missachtung von Bürgerrechten und Aushebelung der Gewaltenteilung erstmals als Autokratie einstufen.

„Nationalismus und Klientelpolitik sind nicht neu, aber sie sind weltweit salonfähig geworden. Auch einstige demokratische Vorreiter, die wie Polen oder Ungarn mitten in Europa liegen, gehören heute zu den Problemfällen in puncto Rechtsstaatlichkeit und Demokratiequalität“, so Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung.

Fehlende Antworten auf politische und sozioökonomische Herausforderungen

Ursachen für die Destabilisierung etablierter politischer Ordnungen sind die mangelnde Fähigkeit politischer Akteure, Probleme zu lösen, Klientelpolitik und fehlende Bereitschaft zu Kompromissen. Auf das Problem der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausgrenzung breiter Bevölkerungsschichten findet die Mehrheit der Regierungen keine Antworten. In 76 von 137 Ländern sind Armut und Ungleichheit weit verbreitet, darunter in 46 von 50 afrikanischen Ländern. Angesichts rudimentärer Gesundheitssysteme und prekärer Lebensverhältnisse sind die Schwächsten dieser Gesellschaften den verheerenden Auswirkungen der derzeitigen Pandemie besonders schutzlos ausgesetzt.

Diese chronischen Missstände sind häufig die Folgen von Machtkonzentration und Vetternwirtschaft. Eine kleine Elite betreibt diese auf Kosten des Großteils der Bevölkerung und untergräbt das Vertrauen in Demokratie und Marktwirtschaft. Der BTI 2020 verzeichnet in einer steigenden Zahl von mittlerweile über 100 Ländern einen verzerrten politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb. Das gilt nicht nur für die 63 Autokratien, sondern auch für zahlreiche Demokratien mit schwacher Gewaltenteilung, wie Serbien und Ungarn, oder mit mangelhafter Wettbewerbspolitik, wie Indonesien und die Philippinen.

Entsprechend sinkt die Regierungsqualität in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern. Betroffen von schlechter Regierungsführung sind vor allem Menschen in autokratisch regierten Ländern. Unter den 42 sehr gut und gut regierten Staaten findet sich mit Singapur lediglich eine Autokratie. Dem gegenüber befinden sich unter den 46 Ländern mit schlechter oder gescheiterter Regierungsführung lediglich fünf Demokratien: Bosnien und Herzegowina, Lesotho, Libanon, Nigeria und Ungarn. Insgesamt sank allein in diesem Jahrzehnt in 42 Ländern die Regierungsqualität deutlich. Hierzu gehören bevölkerungsreiche und wirtschaftlich bedeutsame Staaten wie Ägypten, Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Nigeria und die Türkei. Verschlechtert haben sich vor allem die konsensstiftenden Elemente der Regierungsführung. Bestehende ethnische, religiöse oder regionale Spaltungen werden häufig instrumentalisiert und vertieft. Fehlendes Vertrauen der Bürger und mangelnde politische Führungsfähigkeit sind schlechte Voraussetzungen für ein erfolgreiches Krisenmanagement und die Eindämmung von COVID-19.

Lichtblicke gegen den autoritären Trend

Mehr Repression in Autokratien, mehr Defekte in Demokratien: Dieser Trend ist nicht unumkehrbar. In Ecuador wurde ein zunehmend autoritäres Regime überwunden, und an unerwarteten Orten wie Armenien und Malaysia setzten Demokratisierungsprozesse ein. Lichtblicke gegen den autoritären Trend gab es zudem in Äthiopien und – nach Ende des BTI-Untersuchungszeitraums – auch in Algerien oder dem Sudan. Dort haben langanhaltende Proteste zu Regierungswechseln und zur Hoffnung auf politische Veränderung geführt. Positive Transformationsimpulse, so unterstreichen die Ergebnisse des BTI 2020, gehen derzeit weitaus seltener von Regierungen aus als von kritischen Zivilgesellschaften, die sich gegen den Abbau demokratischer Standards zur Wehr setzen.

Zusatzinformationen

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden. Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2017 bis zum 31. Januar 2019. Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Unser Ansprechpartner: Dr. Hauke Hartmann
Telefon: +49 5241 81-81389
E-Mail: hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Daten und Analysen zum Transformationsindex finden sie auf der Projektwebsite
www.bti-project.org.

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de